

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Globale Fragen

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Ulrich Schneckener

War on terrorism

Die Bush-Regierung im Kampf gegen den internationalen Terrorismus

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden.

Kritische Kommentare sind den Autoren in jedem Fall willkommen

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

Diskussionspapier der FG 8, 2003/02, März 2003
SWP Berlin

Inhalt

Einleitung	4
Terrorismus als Form des Krieges	5
Präventiv und offensiv statt reaktiv und defensiv	5
Gefahr von „catastrophic terrorism“	5
Verbindung von Terrorismus und „Schurkenstaaten“	6
Schwache bzw. zerfallende Staaten	6
Fazit	7
Anhang: US-Militär- und Kommando-Operationen	8

Einleitung

Der nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ausgerufene „war on terrorism“ dürfte das zentrale Paradigma der Bush-Administration sein.¹ Dies gilt nicht nur außen-, sondern auch innenpolitisch: Der Anti-Terrorkampf betrifft neben der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, auch die Bereiche Wirtschaft und Finanzen, Entwicklungshilfe und Einwanderung sowie Justiz und Inneres. In den öffentlichen Debatten der USA finden sich kaum noch Themen, bei denen nicht eine Verbindung zum Terrorismus hergestellt wird, dies gilt im übrigen nicht nur für die Regierung, sondern auch für NGOs, die versuchen, ihr Anliegen in diesen Kontext zu stellen. Insgesamt läßt sich ein massiver Prozeß von *securitization* („Versicherheitlichung“) feststellen, bei dem zahlreiche Themen primär unter sicherheitspolitischen Erwägungen betrachtet werden.

Seit dem 11. September hat die US-Regierung eine Reihe von nationalen Strategiepapieren vorgelegt, die für den Schutz vor sowie die Bekämpfung des Terrorismus von direkter oder indirekter Bedeutung sind. Dazu zählen vor allem folgende Dokumente:

- National Drug Control Strategy (Februar 2002)
- National Strategy for Homeland Security (Juli 2002)
- National Security Strategy (September 2002)
- National Strategy to Combat Weapons of Mass Destruction (Dezember 2002)
- National Strategy to Secure Cyberspace (Februar 2003)
- National Strategy for the Physical Protection of Critical Infrastructures and Key Assets (Februar 2003)

Darüber hinaus verabschiedete die Regierung im Februar 2003 schließlich die *National Strategy for Combating Terrorism*, in der die wesentlichen Elemente des Anti-Terrorkampfes zusammengefaßt werden. Danach soll dieser gleichzeitig an vier Fronten geführt werden (sogenannte 4D-Strategie): (a) *defeat* terrorist organizations of global reach; (b) *deny* further state

¹ Literatur zum Thema: Christopher Daase: Terrorismus: Der Wandel von einer reaktiven zu einer proaktiven Sicherheitspolitik der USA nach dem 11. September 2001, in: Christopher Daase (Hg.), 2002, S. 113-141. Barry R. Posen: The Struggle against Terrorism, in: *International Security*, vol. 26, no. 3 (Winter 2001/02), S. 39-55. Stephen M. Walt: Beyond Bin Laden. Reshaping U.S. Foreign Policy, in: *International Security*, vol. 26, no. 3 (Winter 2001/02), S. 56-78.

sponsorship, support and sanctuary to terrorists; (c) *diminish* the underlying conditions that terrorists seek to exploit; (d) *defend* the U.S., our citizens, and our interests at home and abroad. Um diese Ziele zu erreichen, betont die Regierung stets, daß der Anti-Terrorkampf mehrere Dimensionen und Instrumente umfassen muß:

- *diplomatisch*, darunter fallen z.B. die internationale Koalition gegen den Terror, die Unterstützung der UN-Konventionen gegen den Terrorismus sowie die Schaffung neuer bilateraler Gremien mit Rußland, China, Pakistan und Indien zur Terrorbekämpfung,
- *militärisch*, dazu zählen in erster Linie die Operation *Enduring Freedom* (gemeinsam mit 17 Alliierten) sowie diverse Militäreinsätze und Kommandooperationen in Staaten, in denen Terroristen des al-Qaida-Netzwerkes vermutet werden (siehe Anhang),
- *geheimdienstlich*, dies bezieht sich auf die internationale Kooperation und den Informationsaustausch zwischen Geheimdiensten sowie auf spezifische CIA-Operationen zur Festnahme oder Ausschaltung von Terroristen;
- *polizeilich und strafrechtlich*, darunter fällt die Festnahme von mittlerweile mehr als 3000 potentiellen Terroristen durch die USA, die internationale Kooperation der Polizeibehörden, die Ermittlungsarbeit von FBI-Personal vor Ort sowie die Durchführung von Prozessen gegen mutmaßliche Attentäter,
- *finanzpolitisch*, dies betrifft die internationale Bekämpfung der Terrorfinanzierung, vor allem im Rahmen diverser multi-lateraler Gremien wie der UN, der G8 oder der Financial Action Task Force sowie bilaterale Hilfen zur und Unterstützung bei der Reform des Banken- und Finanzsektors in über 50 Staaten. Insgesamt wurden dabei seit dem 11. September rund 113 Millionen US-\$ durch das FBI eingefroren,
- *wirtschafts- bzw. entwicklungspolitisch*, in diesen Bereich gehören Wirtschafts- und Finanzhilfen für kooperationswillige Staaten sowie der geplante Anstieg der US-Entwicklungshilfe, die künftig stärker unter dem Gesichtspunkt konditioniert wird, wie sich die Empfängerländer im Anti-Terrorkampf verhalten. In der Tat ist die Regierung auf allen genannten Feldern aktiv - allerdings mit unterschiedlicher Intensität: Im Vordergrund steht die operative Bekämpfung von Terroristen, d.h. das Aufspüren, Festnehmen oder Ausschalten von Terroristen sowie die Zerschlagung ihrer Strukturen, dagegen sind strukturelle, langfristig angelegte Maßnahmen der Terrorbekämpfung eher sekundär oder nur in

Ansätzen erkennbar. Die Gründe dafür sind in den strategischen Entscheidungen zu suchen, die die Bush-Administration kurz nach dem 11. September und während der ersten Hälfte des Jahres 2002 getroffen hat. Dabei wird deutlich, daß die Anti-Terrorpolitik der Bush-Regierung zum einen Elemente aus der Zeit der Reagan-Administration (1981-89) wiederbelebt und zum anderen jene Debatten, die nach den Terroranschlägen auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania (1998) auch verstärkt in der Clinton-Administration geführt wurden, weiterentwickelt hat. Es sind im wesentlichen fünf Aspekte des „war on terrorism“, die für die Prioritätensetzung und die entsprechende Ressourcenverteilung verantwortlich sind.

Terrorismus als Form des Krieges

„War on terrorism“ ist durchaus wörtlich zu verstehen. Die US-Administration begreift Terrorismus in der Tat als eine Form des Krieges und nicht allein als kriminellen Akt. Aus dieser Perspektive gewinnen militärische Mittel und damit das Verteidigungsministerium eine größere Bedeutung als in der Vergangenheit, als Terrorismus administrativ und strategisch eher unter Gesichtspunkten der Verbrechensbekämpfung betrachtet wurde und die Federführung primär beim Außen- bzw. beim Justizministerium lag. Bereits 1986 hatte allerdings die *Task Force on Combatting Terrorism* unter Vorsitz des damaligen Vizepräsidenten George Bush die Bekämpfung des Terrorismus mit militärischen Mitteln gefordert, um Terroranschlägen „vorzugreifen, auf sie zu reagieren und sie zu vergelten“.² Diese Forderung wurde in der Folgezeit jedoch nur halbherzig aufgegriffen. Erst die Reaktion auf die Botschaftsattentate von 1998 deutete einen Wandel an, indem sich die Clinton-Regierung für militärische Vergeltungsschläge gegen den Sudan (vermeintliche Chemiefabrik) und Afghanistan (al-Qaida-Lager) entschieden hatte. Wenn es sich bei Terrorismus um eine Form des Krieges handelt, dann stehen auch die Gegenmaßnahmen in der Logik der Krieges; bestimmte innenpolitische und internationale Restriktionen, die etwa für die Verbrechensbekämpfung gelten, sind damit obsolet. Dieser Sichtweise hat sich die internationale Gemeinschaft weitgehend angeschlossen, indem sie den USA gemäß Art. 51 der UN-Charta das Recht auf Selbstverteidigung zuerkannte und damit das Völkerrecht weiterentwickelte. Denn

² Daase, a.a.O., S. 123.

bisher waren militärische, grenzüberschreitende Anti-Terrormaßnahmen, wie sie beispielsweise in der Vergangenheit wiederholt von Israel (gegen palästinensische Terroristen in Nachbarstaaten) oder der Türkei (gegen PKK-Stellungen im Nordirak) begangen wurden, nicht durch Art. 51 gedeckt.³

Präventiv und offensiv statt reaktiv und defensiv

Im Kernbereich von Sicherheit führt der „war on terrorism“ zu einem Paradigmenwechsel von einer primär reaktiven, defensiven zu einer offensiven, präventiv ausgerichteten Militärstrategie. Der Anti-Terrorkampf verlangt nach einer anderen Art der Kriegführung und führt zu einer operativen Verzahnung von Militär, Polizei und Geheimdiensten. In diesem Punkt nähert sich die US-Politik der von Israel seit langem praktizierten Anti-Terrorstrategie, bestehend aus Präventivschlägen gegen einzelne Extremisten und verdeckten Operationen in benachbarten Staaten. Die zuvor dominierende reaktive Politik basierte in erster Linie auf der Reduzierung von Verwundbarkeit von US-Bürgern im Ausland, auf Abschreckung und Eindämmung sowie auf gezielte Vergeltungsschläge. Die Raketenangriffe von 1998 folgten noch im wesentlichen diesem Paradigma. Präsident Bush plädierte dagegen klar für einen anderen Ansatz (West Point-Rede, 1.7.2002): „The War on terror will not be won on the defensive. (...) Our security will require all Americans to be forward-looking and resolute, to be ready for preemptive action when necessary to defend our liberty and defend our lives. (...) Deterrence (...) means nothing against shadowy terrorist networks with no nation or citizens to defend.“ In der Anti-Terrorstrategie vom Februar 2003 heißt es dazu: „the best defense is a good offense“.

Gefahr von „catastrophic terrorism“

Die US-Regierung konzentriert sich in ihrem „war on terrorism“ primär auf die Gefahr von Terrorismus mit Massenvernichtungswaffen (WMD), von Bush als Verbindung aus „radicalism and technology“ bezeichnet. Schon seit Mitte der 1990er Jahren warnten Sicherheitsexperten vor dieser Kombination,

³ Daase, a.a.O., S. 136.

auch „catastrophic terrorism“ genannt. Ihre Analysen schlugen sich während der Clinton-Ära in den Berichten mehrerer Expertenkommissionen nieder (siehe *The Gilmore Commission*, *Hart-Rudman Commission*, *National Commission on Terrorism*), ohne jedoch die Agenda der Regierung nachhaltig zu beeinflussen. Dies hat sich mit dem 11. September schlagartig geändert: In der Tat ist die Bereitschaft und die Fähigkeit zum Einsatz von WMD bei Terroristen vom Typ al-Qaida deutlich höher einzuschätzen als bei anderen, eher lokal agierenden Terrorgruppen. Der Zugang für Terroristen zu WMD ist heute deutlich einfacher als früher, das notwendige Know-How ist entweder frei erhältlich oder käuflich, die Zutaten für nukleare, radiologische, chemische und biologische Waffen lassen sich auf Schwarzmärkten und über kriminelle Kanäle beschaffen.⁴ Die Bush-Administration orientiert sich damit stark an worst case-Szenarien, deren Eintrittswahrscheinlichkeit zwar vergleichsweise gering sein mag, aber deren Folgen so verheerend wären, daß der Risikofaktor hoch bleibt und nahezu alle Gegenmaßnahmen in der Außen- und Innenpolitik rechtfertigt.

Verbindung von Terrorismus und „Schurkenstaaten“

Der Anti-Terrorkampf richtet sich primär gegen jene Staaten, die Terroristen beherbergen oder aktiv unterstützen. Die Bush-Administration knüpft dabei an die Reagan-Ära an: In den 1980er Jahren orientierte sich die Anti-Terrorpolitik, nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Kalten Krieges, ebenfalls stark am Paradigma des staatlich geförderten Terrorismus. Die Verbindung von Terroristen und „Schurkenstaaten“ stellte Präsident Bush in seiner ersten Rede zur Lage der Nation (29.1.2002) her, wonach Staaten wie Irak, Iran und Nordkorea („Achse des Bösen“) Massenvernichtungswaffen an Terroristen weitergeben könnten, um damit die USA bzw. ihre Verbündeten zu bedrohen. Die Nationale Sicherheitsstrategie (September 2002) geht noch einen Schritt weiter: Darin werden

⁴ Die US-Regierung unterstützt daher die G 8-Initiative *Global Partnership Against the Spread of Weapons and Materials of Mass Destruction* (Januar 2002), bei der rund 20 Mrd. US-\$ in den nächsten zehn Jahren ausgegeben werden, wovon die USA allein die Hälfte trägt. Unterstützt werden dabei vor allem Länder wie Rußland, die Ukraine, Usbekistan und Kasachstan, die WMD-Bestände aus sowjetischen Zeiten sichern bzw. abrüsten müssen.

beide Akteure als Wahlverwandte betrachtet, unabhängig davon, ob es eine konkrete Verbindung gibt. Beide Akteure stellen eine ähnlich gelagerte Bedrohung dar, beide seien unberechenbar und nicht kooperativ, beide streben nach Massenvernichtungswaffen und sind gewillt, diese einzusetzen („weapons of choice“ statt „weapons of last resort“). Die Auseinandersetzung mit Tyrannen und „Schurkenstaaten“ ist daher aus dieser Perspektive ein integraler Bestandteil des Anti-Terrorkampfes, wobei für die US-Regierung das Problem deutlich über den Fall Irak hinaus reicht.⁵ In diesem Zusammenhang unterscheidet die Anti-Terrorstrategie vom Februar 2003 zwischen „zögerlichen“ und „unwilligen“ Staaten, auf die die USA künftig verstärkt Druck ausüben werden, wobei militärische Optionen nicht ausgeschlossen werden.

Schwache bzw. zerfallende Staaten

Der Anti-Terrorkampf der USA bezieht sich auch und gerade auf jene Regionen, in denen es sich um Fälle von schwacher bzw. zerfallender Staatlichkeit handelt. Diese Staaten sind nicht in der Lage, die Aktivitäten terroristischer Netzwerke zu unterbinden. Die These lautet: Terroristen nutzen diese Staaten zur Rekrutierung von Attentätern, zur Vorbereitung von Anschlägen, als Unterschlupf und Basislager, als Flucht- und Transitrouten oder als Finanzierungsweg. Für die Bush-Administration bedeutet dieser Punkt in gewisser Weise eine Änderung ihrer ursprünglich vertretenen Haltung des *disengagements*, wonach Interventionen möglichst zu begrenzen seien und allein aus nationalen Sicherheitsgründen erfolgen sollen.⁶ Seit dem 11. September ist jedoch eine deutlich gewachsene Bereitschaft festzustellen, in bestimmte Staaten zu intervenieren, Regierungen beim Anti-Terrorkampf zu unterstützen und dazu beizutragen, daß „staatsfreie“ Räume nicht entstehen oder geschlossen werden. Der Fokus liegt dabei primär auf der Stationierung von US-Soldaten, auf Militärhilfe

⁵ Im *National Military Strategic Plan for the War on Terrorism* (Oktober 2002), einem vertraulichen, unter der Federführung von Generalstabschef Meyers erarbeiteten Dokument des Verteidigungsministeriums, wird dabei laut US-Medienberichten insbesondere auf den Iran und Syrien (wegen ihrer Verbindung zur Hizbollah) hingewiesen.

⁶ Vgl. Rachel Stohl/Michael Stohl: *Fatally Flawed? U.S. Policy Toward Failed States*, *The Defense Monitor*, vol. 300, no. 8 (October 2001), Washington: Center for Defense Information.

und Ausbildung („Hilfe zur Selbsthilfe“) sowie auf US-Kommandooperationen. Aber auch bei Maßnahmen zur Bekämpfung der Terrorfinanzierung und zur Unterbindung von Finanzierungswegen ist US-Personal in zahlreichen Staaten aktiv. Diese Aktivitäten reichen von Jemen und Georgien über Zentralasien bis hin zu den Philippinen und nach Indonesien. Ob und inwieweit die Bush-Administration tatsächlich nation-building – oder besser state-building – in einem umfassenderen und nachhaltigen Sinne betreiben wird, bleibt jedoch abzuwarten. Die Gefahr besteht darin, sich in lokale Konflikte einzumischen (z.B. Süd-Philippinen, Indonesien, Somalia, Jemen) und möglicherweise eher zur Eskalation beizutragen und andererseits halb-demokratische oder autoritäre Regierungen und Regime aus Opportunitätsgründen zu stützen (z.B. Zentralasien). Hinzu kommt die Gefahr der Instrumentalisierung des Anti-Terrorkampfes vor Ort – nach dem Motto: „The new game in town is to call your enemy a terrorist and hope that America will destroy him for you.“ Eine solche Politik würde jedoch zur Verschärfung von Menschenrechtsverletzungen und zu einem Anstieg lokaler Gewalt beitragen, denn zu grundlegenden Reformen in einer Reihe von schwachen Staaten, die notwendig wären, um mittel- und langfristig transnationalen Terror-Netzwerken den Nährboden und den Rückzugsraum zu entziehen.

Fazit

In der Anti-Terrorpolitik setzt die Bush-Administration andere Prioritäten als die meisten europäischen Staaten. Obgleich in offiziellen Dokumenten stets von der Notwendigkeit eines breiten und umfassenden Ansatzes zur Terrorbekämpfung gesprochen wird, konzentriert sich die US-Regierung in ihrer operativen Politik primär auf die mögliche Kombination aus Terrorismus, Massenvernichtungswaffen und „Schurkenstaaten“. In dieser „unheiligen Allianz“ wird die größte Sicherheitsbedrohung für die USA (und ihre Verbündeten) gesehen. Ob man damit der Herausforderung des transnationalen Terrorismus gerecht wird, scheint fraglich. Zum einen gibt es eine Reihe von Einwänden gegen die Hypothese, daß „Schurkenstaaten“ wie der Irak und andere solche Waffen an Terroristen liefern.⁷ Zum anderen besteht

die Gefahr, daß diese Zuspitzung verbunden mit der Konzentration auf militärische Mittel langfristige Ansätze zur Terrorbekämpfung unterläuft, indem etwa die überaus heterogene und fragile „Allianz gegen den Terror“ geschwächt wird und die Kooperationsbereitschaft gerade von arabischen und islamischen Regierungen im Anti-Terrorkampf sinkt. Stephen Walt, Professor für Internationale Beziehungen in Harvard, hatte der US-Regierung kurz nach dem 11. September vier Empfehlungen gegeben, die vermutlich auf Zustimmung bei den meisten europäischen Regierungen stoßen würden: (a) Zusammenhalten der Anti-Terrorkoalition, (b) Stärkung und Verbesserung der Kontrolle von Massenvernichtungswaffen (z.B. Eindämmung, internationale Hilfen, multilaterale Rüstungskontrollen), (c) Wiederaufbau zerfallender Staaten (vor allem Afghanistan) und (d) die Verbesserung der Beziehungen zur arabischen und islamischen Welt, wozu insbesondere eine aktive Rolle der USA bei der Lösung des Nahost-Konfliktes beitragen würde.⁸ Nach eineinhalb Jahren Anti-Terrorkampf muß man allerdings ernüchert feststellen, daß die Bush-Administration keine dieser Empfehlungen in angemessener Weise beherzigt hat.

⁷ Siehe dazu: Ulrich Schneckener: Terrorismus und Irak. Was verbindet „Schurkenstaaten“ mit Terroristen? SWP-Aktuell 5

(Februar 2003).

⁸ Walt, a.a.O., S. 64-74.

Anhang: US-Militär- und Kommando-Operationen

Staat/Region	Art der Operation
Afghanistan Seit 7.10.2001	<ul style="list-style-type: none"> • Operation <i>Enduring Freedom</i> (rund 7000-10 000 US-Soldaten) • Massive Bombenangriffe auf Talibanstellungen, militärische Aufklärung zur Unterstützung der Nordallianz, Einsatz von bis zu 4000 US-Soldaten im Bodenkrieg • Diverse Kommandooperationen mit Special Forces (SEAL, Delta Force, Spezialeinheiten aus Australien, Australien, Dänemark, Deutschland, Großbritannien, Kanada, Neuseeland, Norwegen) • Besonders umfangreiche Kommandooperationen: <ul style="list-style-type: none"> - <i>Anaconda</i> (1.-17.3.2002) - <i>Snipe</i> (UK-led, 2.-13.5.2002) - <i>Mountain Lion</i> (UK-led, 15.4.2002) - <i>Mountain Sweep</i> (18.-26.8.2002) • Personelle, materielle und finanzielle Unterstützung beim Aufbau von Streitkräften und Polizei (Ausbildung von 1600 afghanischen Soldaten im Jahr 2002) • Unterstützung der ISAF Truppe
Georgien Seit Mai 2002	<ul style="list-style-type: none"> • Stationierung von 150 Militärberatern zur Schulung von drei Bataillonen im Anti-Terrorkampf • Militärhilfe, Lieferung von Helikoptern, Fahrzeuge und Waffen (Georgia Train and Equip Program, 64 Mio. US-\$)
Indonesien Seit August 2002	<ul style="list-style-type: none"> • Aufbau einer Counter-terrorism-Einheit der Polizei (16 Mio. US-\$) • Training und Ausbildung für die Polizei (31 Mio. US-\$) • Finanzielle Unterstützung der indonesischen Armee (3 Mio. US-\$) • Wiederaufbau militärischer Kontakte im Rahmen des „International Military Education and Training Program“ (IMET)
Jemen Seit März 2002	<ul style="list-style-type: none"> • Counter-terrorism Training für Armee und Sicherheitskräfte durch US-Spezialkräfte (rund 100) • Militärhilfe, technische Unterstützung (z.B. Helikopter, Funkausrüstungen) • Kommandooperation (CIA-Raketenangriff auf sechs <i>al-Qaida</i>-Mitglieder, 3.11.2002)
Pakistan Seit Oktober 2001	<ul style="list-style-type: none"> • militärische Kommandooperationen im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet, Verfolgung von flüchtigen Taliban- und al-Qaida-Kämpfern auf pakistanischem Gebiet (seit Anfang 2003 nicht mehr möglich) • US-Militärberater bei Grenztruppen • Unterstützung des FBI bei Festnahmen
Philippinen Seit Oktober 2001	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung philippinischer Militäroperationen gegen Abu Sayyaf durch Planung, Kommunikation, Aufklärung, Transport, etc. • Stationierung von US-Soldaten als Ausbilder und Militärberater (160 Mann) • Gemeinsame Anti-Terror-Übung „Balikatan 02-1“ (02/2002 –07/2002) (bis zu 1000 Mann) • Aufbau von Logistikeinrichtungen und anderen militärischen Infrastrukturmaßnahmen durch US Soldaten (z.B. Flugplätze) (500-600 Mann)

Staat/Region	Art der Operation
	<ul style="list-style-type: none"> • Finanzielle Unterstützung (30 Mio. US-\$) • Materielle Unterstützung (Hubschrauber, Transportflugzeug, Schnellboote, Lastwagen, technisches Equipment, Waffen, Munition, im Gesamtwert von ca. 70 Mio. US-\$) • Kooperation zwischen CIA/ FBI und philippinischen Nachrichtendiensten (100 Mann)
<p>Horn von Afrika</p> <p>Seit Anfang 2002</p>	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Operation Enduring Freedom</i> (primär Luft- und Seeüberwachung zur Kontrolle von möglichen Flucht- und Transitwegen von Terroristen) • Dschibuti: Nutzung von See- und Flughäfen, Koordinationsstelle zur Überwachung des Golfs von Aden und des Horns von Afrika, Aktivitäten von US Special Forces (rund 800 Soldaten) mit Blick auf Jemen und Horn von Afrika • Kenia: Nutzung von Infrastruktur für Luft- und Seeüberwachung
<p>Zentralasien</p> <p>Seit Oktober 2001</p>	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Operation Enduring Freedom</i> (Nutzung von Militärbasen und Überflugrechte) • Train- und Equip-Programme, Schulung von Grenztruppen, Transfer von Know-How und Ausrüstung • Tadschikistan: Nutzung des Flughafens Kuljab • Kirgistan: Nutzung des Flughafens Manas, Stationierung von US-Kampfflugzeugen, insgesamt 2500-3500 Soldaten der Anti-Terror-Allianz • Usbekistan: Nutzung der Militärbasis Chanabad, Stationierung von rund 1500 Soldaten der Anti-Terror-Allianz